

Newsletter 6/2014



Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

in der ersten Novemberwoche hat erneut das Plenum des Landtags NRW getagt. Gerne möchte ich Sie daher über die aktuellen Themen informieren und übersende Ihnen die aktuelle Ausgabe meines Newsletters.

Breiter Konsens in der Flüchtlingspolitik

Die nordrhein-westfälische Landesregierung stockt die Hilfe für die Flüchtlingsarbeit der Kommunen auf. Um 46,5 Millionen Euro sollen die Zuschüsse für die Unterbringung von Flüchtlingen erhöht werden. Das ist ein Ergebnis des Flüchtlingsgipfels in Essen, an dem Vertreter aller Landtagsfraktionen, der Kirchen und Verbände teilgenommen haben. Das Treffen bewies, dass es über Parteigrenzen hinweg ein breites Bündnis für Flüchtlinge gibt. Es war sehr sachlich und zielorientiert. Zudem gab es keine Versuche, sich parteipolitisch zu profilieren. Nun gilt es, die Ergebnisse umzusetzen: Der Landtag hat am heutigen Mittwoch auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen darüber entscheiden. Leider ist kein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zustande gekommen. In mehreren Bereichen will die rot-grüne Landesregierung zusätzliche Mittel zur Betreuung der Flüchtlinge und Unterstützung der Kommunen bereitstellen. So soll die Kostenpauschale für die Kommunen von derzeit 143 Millionen um weitere 40 Millionen Euro angehoben werden. Für die psychologische und soziale Betreuung der Flüchtlinge sollen die Zuschüsse von 3,5 Millionen auf sieben Millionen Euro erhöht werden. Zudem soll ein Härtefallfonds in Höhe von drei Millionen Euro eingerichtet werden, mit dem Kosten für medizinische Behandlungen und Pflege von Flüchtlingen übernommen werden.

Drucksache [16/7145](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Grunderwerbssteuer steigt um 1,5 Prozent

In Nordrhein-Westfalen steigt die Steuer für den Kauf von Grundstücken. Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen einigten sich darauf, dass die Grunderwerbssteuer ab dem kommenden Jahr um 1,5 Prozentpunkte auf dann 6,5 Prozent erhöht wird und haben den Gesetzesentwurf am Mittwoch in das Plenum eingebracht. Die erhofften Mehreinnahmen für das Land liegen bei 400 Millionen Euro jährlich. Diese Steuererhöhung ist erforderlich, um trotz neuer Haushaltsrisiken unseren Konsolidierungspfad weitergehen zu können. Nordrhein-Westfalen wird gleichzeitig eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, um eine Befreiung des Sozialen Wohnungsbaus von der Grunderwerbssteuer zu erreichen. Die Grunderwerbssteuer ist die einzige Steuer, deren Höhe die Bundesländer selbst festlegen können. Die Neuregelung soll zum 1. Januar 2015 gültig sein.

Gewiss: Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer ist sicher unpopulär. Es wäre auch gerechter, den Spitzensteuersatz zu erhöhen oder die Vermögenssteuer wieder ein-

zuführen. Doch das ist uns nicht möglich. Nach Abwägung aller Argumente für und gegen eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer ist unsere Entscheidung vertretbar. Die Forderungen der Opposition – Wiedereinführung der Studiengebühren und Abschaffung des beitragsfreien Kita-Jahres – sind dagegen familienfeindlich und zu tiefst ungerecht. CDU und FDP wollen Studierende, ihre Eltern und junge Familien deutlich höher belasten – und zwar dauerhaft. Jeweils 1.000 Euro sparen die Studierenden pro Jahr. Eine Familie mit normalen Einkommen spart durch das beitragsfreie Kita-Jahr bis zu 2.100 Euro im Jahr.

Zum neuen Jahr werden noch mehr Länder die Grunderwerbssteuer anheben: Im Saarland und in Schleswig-Holstein sind die Beschlüsse bereits gefasst. Auch Bayern und Sachsen werden wohl noch nachziehen.

Drucksache [16/7147](#) (Gesetzentwurf)

Mehr Inklusion im Sport

Auch der Sport steht noch vor offenen Fragen beim Thema Inklusion, obwohl er gute Möglichkeiten hat, inklusive Ziele umzusetzen. Nach einer langen und intensiven Arbeitsphase hat dem Plenum am Mittwoch nun ein gemeinsamer Antrag von allen im Landtag vertretenen Fraktionen vorgelegen. Darin sind Anforderungen an einen inklusiven Sport ebenso formuliert wie an den Sportstättenbau, die Förderung von Forschungsvorhaben und die Unterstützungsleistungen für den organisierten Sport. Es sollen Kriterien für den inklusiven Sport entwickelt sowie die wissenschaftliche Begleitung bei der Umsetzung von Inklusion im Sport gestärkt werden. Außerdem bietet der Sport eine gute Möglichkeit, um Vorurteile und Barrieren in den Köpfen der Menschen abzubauen. Dazu sollen sowohl bereits bestehende Projekte evaluiert, als auch eine stärkere Wahrnehmung der inklusiven Sportangebote forciert werden. Der Aufbau von Kooperationen und kommunalen Netzwerken wird ausdrücklich unterstützt.

Drucksache [16/7144](#) (Antrag aller Fraktionen)

NRW-Untersuchungsausschuss zur NSU-Mordserie

Auch in Nordrhein-Westfalen soll ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss Verbrechen der Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) aufarbeiten. Einen entsprechenden Grundsatzbeschluss haben alle fünf Landtagsfraktionen gefasst. Der Ausschuss wurde am Mittwoch offiziell eingesetzt. Das Gremium soll NSU-Taten mit NRW-Bezug aufarbeiten. Dabei geht es vor allem um zwei Sprengstoffanschläge in Köln 2001 und 2004 sowie um den Mord an einem türkischstämmigen Kioskbesitzer in Dortmund 2006. Den Vorsitz hat die Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Nadja Lüders übernehmen; Obmann ist der SPD-Abgeordnete Andreas Kossiski. Die weiteren Mitglieder wurden ebenfalls am Mittwoch vom Landtag gewählt. Neben dem Bundestag hatten andere Landtage NSU-Untersuchungsausschüsse eingesetzt.

Drucksache [16/7148](#) (Antrag aller Fraktionen)

Kinderschutz mit neuen Angeboten bereichern

Land und Kommunen unterstützen Familien und Eltern mit vielfältigen Angeboten – beginnend bei der Schwangerenberatung, über die Frühen Hilfen bis hin zur Erziehungsberatung oder primär präventiven Angeboten an Schulen, Kindertagesstätten und Familienzentren. Dennoch sind Eltern manchmal überfordert, kennen Unterstützungsangebote nicht oder finden keinen Zugang zu ihnen. So besteht die Gefahr, dass als Folge einer Überforderung Kinder und Jugendliche Opfer von elterlicher Vernachlässigung oder Gewalt werden. In einem Antrag fordern nun die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen die Landesregierung auf, ein Gesetz für Frühe Hilfen und präventiven Kinderschutz zu erarbeiten. Dabei sollen vor allem Kooperationen und Netzwerke zur Stärkung der Förderung und des Schutzes von Kindern unterstützt werden. Außerdem soll durch eine Bundesratsinitiative der Informationsaustausch zwischen Kinderärzten erleichtert werden. Die Landesregierung soll sich zudem für eine stärkere finanzielle Beteiligung der gesetzlichen und privaten Krankenkassen im Bereich des Kinderschutzes für gesundheitsbezogene Leistungen im erzieherischen Kontext einsetzen.

Drucksache [16/7146](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Viele Grüße aus Düsseldorf und bis demnächst

Ihre/eure



Inge Blask